

## SEXUELLE ÜBERGRIFFE

# Die geheimen Dokumente zur Silvesternacht

Vertrauliche Akten, E-Mails und Einsatzberichte zeichnen ein deutliches Bild: Polizei und Stadt reagierten zu spät, kommunizierten aneinander vorbei und gaben die Kontrolle früh aus der Hand. Das Innenministerium bemüht sich seitdem um größtmöglichen Abstand zwischen den Akteuren in Köln und Minister Ralf Jäger.

VON FABIAN KLASK UND TIM STINAUER

## Einsatzprotokoll der Polizei vom 31. 12.

21:53:59 Bemerkung  
Zusatzmeldung:  
Mit: RTw-Besatzung  
Tel: [REDACTED]  
Bem: 31.12.15 21:53 601LST7 NW025136  
Bem: Raketen werden in die Menschenmenge geschossen, keine Polizei zu sehen  
31.12.15 / 601LST7 / NW025136

22:14:37 Bemerkung  
1141: weit über 1000 Personen, keine Maßnahmen mit unserer Kräftesituation möglich  
31.12.15 / 6011HW3 / NW026787

Eine Rettungswagen-Besatzung und ein Streifenwagen (Rufname 1141) schlugen schon früh Alarm. Aber erst um 23.30 Uhr ließ die Polizei die Domtreppe räumen.

## E-Mail von Innenminister Jäger vom 8. 1. an enge Mitarbeiter

Erste fragen die sich aus der durchsicht des bericht es ergeben:  
Warum wurden bei 71 personen die personalien festgestellt? Waren das teilnehmer, stoerer oder täter?  
Welche nationalität besitzen die 71 personen?  
/Festgenommene taeter, illegal eingereist, kein fester wohnsitz, wurden entlassen. Das muss erläutert werden.  
wieso hat die presse keine kuf von weitermeldungen:  
Warum hat es nach meiner rechnung 38 stunden gedauert, bis die "siegemeldung" "ein ruhiger abend" durch "geschädigte sollen sich melden" ersetzt? Der verdacht der verschleierung muss entkräftet werden!

## Interner Bericht der Polizei-Pressesprecherin vom 8. Januar

Die Ermittlungsgruppe wurde am Nachmittag des 01.01.2016 eingerichtet. Nach Rücksprache mit der EG wurde zunächst auf eine Pressemeldung darüber verzichtet, um der EG die Möglichkeit zu geben, die Anzeigen zu sichten und mögliche Täterhinweise filtern zu können. Insbesondere wegen des sensiblen Themas rund um die Flüchtlings-Thematik schien es keinesfalls geeignet, ungeprüfte Anhaltspunkte für mögliche Täterhinweise zu veröffentlichen. Andererseits scheint es wenig sinnvoll, eine Pressemeldung ohne derartige Angaben zu erstellen.

Die ehemalige Chef-Sprecherin der Polizei erläutert, warum die Behörde zunächst zurückhaltend war bei der Herkunftsnennung von Tatverdächtigen

Die einzige E-Mail von Ralf Jäger in den mehr als 10.000 Seiten starken Unterlagen: Um Mitternacht schickt er Fragen zum ersten Kölner Einsatzbericht.

# Die Verteidigungsstrategie des Innenministers

Die Schuldigen alleine in Köln gesucht – Presseanfragen zu heiklem Sozialprojekt abgewimmelt – Bisher kein Beleg für eine Vertuschung

Zeuge Nr. 30 soll am 9. Mai vor dem Untersuchungsausschuss des Landtags erscheinen, weil er „zu Sachverhalten aussagen“ könne, die die „Silvesternacht betreffen“, so steht es im Beweisantrag. Eine nachvollziehbare Erwartungshaltung, denn der Mann hinter der Nr. 30 heißt Ralf Jäger, gelernter Groß- und Außenhandelskaufmann und aktuell Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen.

Ob ihn die Spätfolgen der Silvesternacht doch noch einholen werden und seine politische Zukunft gefährden, hängt auch von den kommenden Wochen ab. Nach den Befragungen vieler Polizisten werden die Parlamentsaufklärer nun vor allem die politisch Verantwortlichen des Landes vorladen. Der „Köln Stadt-Anzeiger“ hat vor den wichtigen Zeugen aus Tausenden Seiten Ministeriumsakten, Einsatzberichte und Polizeiprotokolle einsehen können. Aus den Unterlagen lassen sich die Abläufe der Nacht und die aufgewühlte Atmosphäre in den Tagen danach rekonstruieren.

### Schutzwall für Ralf Jäger

Die Akten mit der Geheimhaltungsstufe „Verschlussache – nur für den Dienstgebrauch“ belegen, wie sehr Jägers Apparat unter Druck stand, Ermittlungs-Ergebnisse zu liefern. Es lässt sich aber auch herauslesen, wie daran gearbeitet wurde, einen unsichtbaren Schutzwall zwischen der gescholtenen Kölner Polizei und dem Innenministerium hochzuziehen. Es soll dieses Bild entstehen: dort die Schuldigen rund um den Dom, hier die Düsseldorfer Aufklärer.

Am Morgen des 5. Januar ist von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) noch kein Wort zu den Ereignissen bekannt – doch ein Ministeriumsmann schickt bereits eine aufgeregte E-Mail ins Kölner Präsidium. Jägers Beamte sind alarmiert: Es solle geprüft werden, ob Teilnehmer des Landespräventionsprogramms „Klarkommen!“ unter den Tatverdächtigen seien. „Ich bitte um kurze schriftliche Mitteilung zu Ihrem diesbezüglichen Erkenntnisstand.“ Der E-Mail-Wechsel über das Kölner Projekt, in dem Straftäter aus Nordafrika resozialisiert werden sollen, füllt Dutzende Seiten.

### Journalisten unerwünscht

Dem Ministerium geht es dabei wohl nicht um die Ursachen hinter den sexuellen Übergriffen: Die Beamten wollen offenbar ihren Minister schützen, der das Projekt vor zwei Jahren mit großen Worten und vielen Kameras präsentiert hatte. Die Presse soll also möglichst wenig über das Landesprojekt berichten, das, wie später herauskommt, auch zwei der Tatverdächtigen betretet hatte. Die E-Mails zeigen Wirkung: Stolz meldet die Kölner Geschäftsführerin der Arbeiterwohlfahrt, die das Programm vor Ort verantwortlich ist:

„...habe  
MIK (das  
Innenministerium,  
Anm. d.

Red.) und PP Köln argumentativ rausgehalten“.

Auch der unter Druck geratene Minister schaltet sich Anfang Januar schriftlich in die Diskussion seiner Polizeixperten und Juristen ein. Nachdem er offenbar den ersten Bericht der Kölner Polizei durchgearbeitet hat, schickt Jäger eine E-Mail an vier seiner engsten Mitarbeiter. Der 55-Jährige stellt Dutzende Fragen zum Einsatzprotokoll. Dabei deutet sich schon an, was der Minister einige Tage später als Hauptursache ausmachen wird: das Versagen der Kölner Polizeiführung. „Festgenommene taeter, illegal eingereist, kein fester wohnsitz, wurden entlassen. Das muss erläutert werden“, mailt er etwa am 8. Januar um kurz nach Mitternacht.

Jäger hat sich da offenbar schon entschieden: Die Fehler wurden vor Ort gemacht; strukturelle Probleme in der Landespolizei, die Frage etwa, ob die NRW-Sicherheitsbehörden womöglich zu wenig Personal haben, dürfen keine Rolle spielen. Wie viele zusätzliche Beamte Köln beim Land beantragte

und welche Verstärkung tatsächlich genehmigt wurde, das will der Sozialdemokrat nicht wissen. Erst später müssen seine Leute einräumen, dass das Land mit Verweis auf knappe Ressourcen bei der Bereitschaftspolizei den Kölnern für den heiklen Silvestereinsatz 38 Beamte weniger schickte, als die sich gewünscht hatten.

### Einer wie Gerhard Schröder

Bisher ist diese Strategie, der frühen und eindeutigen Schuldzuweisung aufgegangen: Zwar forderte die Opposition schnell seinen Rücktritt, doch konnte ihm bis jetzt niemand persönliche Versäumnisse nachweisen. So lange, da sind sich politische Weggefährten sicher, „wird er ums Amt kämpfen“. Der Sohn einer Wirtin, der neben der Schule im Duisburger Königs-Eck, der Kneipe seiner Mutter jobbte, hinterm Tresen politisch sozialisiert wurde und später als Referent bei einer Krankenkasse gearbeitet hatte, sei einer „wie Ex-Kanzler Gerhard Schröder“. Also je-

mand, der die Politik als Mittel zum gesellschaftlichen Aufstieg nutzte – und deshalb nicht aufgeben werde: „Wenn Jäger nicht mehr Minister ist, dann ist der doch nichts“, sagt einer, der ihn lange beobachtet hat.

Die internen Protokolle, die der „Köln Stadt-Anzeiger“ ausgewertet hat, können Jägers Version eines völlig missglückten und schlecht koordinierten Polizeieinsatzes jedenfalls nicht widerlegen: Ein Einsatzleiter, der in der Nacht nichts von sexuellen Übergriffen mitbekommen haben will. Eine Leitstelle, die zu keiner Zeit den Gesamtüberblick hatte. Einsatzleiter von Polizei, Stadt und Bundespolizei, die kaum miteinander sprachen. Und mehr als 30 bestohlene, belästigte, teils völlig aufgelöste Frauen, die sich in der Innenstadt stauten, weil nur zwei Beamten Anzeigen aufnahmen. Unter welchem hohem Druck sich in den Tagen danach die Polizisten der „Ermittlungsgruppe Neujahr“ wählten, beweist das Protokoll einer Besprechung vom 7. Januar: „Wir müssen erste Erfolge darstellen“, heißt es darin.

Liest man weiter in den Unterlagen, dann fällt ein anderes Phänomen auf, eines das noch politische Brisanz entwickeln könnte: Wie sich die Spitze des Landes und die Topbeamten des Innenministeriums an der Aufklärung beteiligten, ob etwa Regierungschefin Kraft oder Jä-

ger ihre Mitarbeiter zu absoluter Transparenz ermahnten, das alles ist aus den Ministeriumsakten nicht nachvollziehbar. Abgeordnete des Untersuchungsausschusses beklagen bereits, so sei es nicht möglich, staatliches Handeln zu kontrollieren. Es stellt sich die Frage, ob die Regierung heikle E-Mails unterschlagen hat oder man nur noch das Telefon nutzte, weil ein Gespräch weniger Spuren hinterlässt.

### Staatskanzlei sperrt Akten

Nach Recherchen des „Köln Stadt-Anzeiger“ taucht Jäger selbst in den Akten nur mit einer E-Mail auf. Kraft hat nach den Vorfällen ein ums andere Mal Nachrichten zu Köln in ihrem Postfach. Die Regierungschefin aber hält es wie ihr Minister – Schriftliches gibt es nicht. Einen E-Mail-Austausch mit ihrem Sprecher zu einer Presseäußerung lässt die Staatskanzlei in den Akten sperren: „Der Inhalt der Email eröffnet Rückschlüsse auf die interne Abstimmung zwischen der Ministerpräsidentin und dem Regierungssprecher“, so die Begründung. Das Verfassungsgericht hat das Recht auf einen solchen geschützten Kernbereich mehrmals bestätigt.

Ein Detail aber erwähnen sowohl Staatskanzlei und Ministerium gerne und oft im Schriftverkehr: Das erste Telefonat zwischen Jäger und seiner Chefkin habe am 4. Januar um 13.41 Uhr, also Tage nach der schlimmen Nacht stattgefunden. Für die beiden ist das wichtig, transportiert es doch ihre zentrale Botschaft: Wir haben nichts geahnt und nichts gewusst!



Regierungschefin  
Hannelore Kraft



Minister Ralf  
Jäger

**Einsatzprotokoll der Bundespolizei vom 1. 1.**

01.01.16 01:44:32  
 AP: kol7wd34002  
 Bearbeiter: [REDACTED]

**WIEDERKEHRENDER EINSATZ**  
 KÖB -- Zur Zeit 6 junge Mädels auf der Wache die Anzeige aufgeben wegen Versucher Vergewaltigung, Diebstahl Slip und Handtaschenraub. ARN, Pi Mitte meldet auch 20 Frauen auf Wache die begrabscht wurden.  
 KÖB155/1 -- Das Problem ist erkannt und in Absprache mit PF Land werden wir gegen Nordafrikaner im Hbf und Messe Deutz jetzt massiv vorgehen.

Ein Bundespolizist vermerkte in der Nacht Hinweise auf sexuelle Übergriffe im internen System. Der Einsatzleiter der Kölner Polizei („PF Land“) will die Brisanz der Lage trotzdem nicht erkannt haben.

**Verbalnote der Algerischen Botschaft vom 14. 1.**

Die Botschaft der Demokratischen Volksrepublik Algerien in Berlin begrüßt das Auswärtige Amt und bedauert, ihm anliegend ein an die Botschaft per Mail gerichtetes besonders beleidigendes Pamphlet zu übersenden.

Die Botschaft bedauert, dass die Informationen über die Beteiligung von neun "algerischen Staatsangehörigen" an den jüngsten Übergriffen in Köln, die durch die Medien verbreitet wurden und den offiziellen Behörden zugeordnet werden, ein derartiges respektloses Verhalten fördern.

Die Botschaft bittet das ehrenwerte Auswärtige Amt, sich bei den

Zugleich möchte die Botschaft betonen, dass zu keiner Zeit die algerische Seite von den geeigneten Kanälen Informationen über diese mutmaßlichen Algerier erhalten hat.

Wie dieses Schreiben belegt, beschwerten sich algerische Diplomaten darüber, dass die Polizei die Herkunft der Tatverdächtigen veröffentlichte. Die Botschaft erhielt in dieser Zeit beleidigende Briefe.

# Das Versagen des städtischen Ordnungsamtes

Massenpanik auf der Hohenzollernbrücke angeblich nicht bemerkt – Planungen aus dem Jahr 2014 ignoriert – Funkgerät vergessen

**DIE AUFGABE**

Die Situation auf den Rheinbrücken im Auge behalten und die Brücken bei Überfüllung sperren. Zuständig ist das Ordnungsamt.

**DIE VORBEREITUNG**

Die Planung für den Silvestereinsatz 2015 beginnt zehn Monate vorher. Am 23. Februar begrüßen leitende Mitarbeiter des Ordnungsamtes im Stadthaus in Deutz Vertreter von Polizei, KVB, DLRG und Deutschem Roten Kreuz. Das Thema: Manöverkritik des Silvestereinsatzes 2014.

Immer wieder geht es in dem Gespräch um die Hohenzollernbrücke. Auf den engen Fußwegen hätten sich Menschen gedrängt, es habe Verletzungen durch Glas und Böller gegeben, manche seien in der Enge ohnmächtig geworden, heißt es im Besprechungsprotokoll. Im Gedränge seien Menschen auf die Gleise geklettert. Ein Vertreter der Bundespolizei regt an, die Brücke an Silvester künftig komplett zu sperren. Über diesen Vorschlag solle im Sommer bei einem weiteren Termin beraten werden. Doch der findet nie statt.

In der finalen Besprechung am 9. Dezember bringt der Einsatzplaner der Bundespolizei das Thema Vollsperrung noch einmal zur Sprache. Das Ordnungsamt aber lehnt ab. Er habe dann auch nicht weiter darauf bestanden, räumte der Bundespolizist im Ausschuss ein. Schriftlich wird festgehalten, dass die „Verkehrssicherungs-

pflicht“ für die Hohenzollernbrücke bei der Stadt liegt, die „bei Bedarf“ Sperrungen veranlasst.

Zwei Polizisten erinnerten sich vor dem Ausschuss daran, dass das Ordnungsamt Pendelstreifen einsetzen wollte, um die Situation auf der Brücke im Blick zu behalten. Der Leiter des Ordnungsdienstes bestritt dies allerdings in seiner Zeugenvernehmung.

**DIE FEHLER DER NACHT**

Es kommt, wie von der Bundespolizei befürchtet: Gegen Mitternacht wird es plötzlich eng in der Mitte der Hohenzollernbrücke – so eng, dass Menschen in Panik vom Fußweg über die Zäune auf die Gleise kletterten. Der Einsatzleiter der Bundespolizei erinnerte sich vor dem Ausschuss: „Das ist ja wie Duisburg hier“, habe jemand in Anspielung auf das Drama bei der Loveparade 2010 geschrien. Mit den Worten „Rettet meinen Sohn“ habe ein Vater ihm einen fünfjährigen Jungen entgegengehalten. Menschen hätten geschrien: „Entweder wir springen aufs Gleis oder in den Rhein“. Die Bundespolizei ließ den Zugverkehr anhalten.

Und wo war das Ordnungsamt? Von einer Panik hätten seine Leute nichts mitbekommen, betonte der Ordnungsdienst-Leiter im Landtag. Dagegen schildert ein Mitarbeiter des Amtes im Gespräch mit dem „Kölner Stadt-Anzeiger“, seine Kollegen hätten sogar geholfen, Menschen von den Gleisen zu ziehen. Wie passt das zusammen?

Pendelstreifen – so viel steht fest – gab es jedenfalls nicht. Die städtischen Kontrolleure hielten sich nur an den Brückenköpfen auf. Von dort konnten sie aber nicht die gesamte Brücke einsehen. Gegen ein Uhr wies eine Polizistin die Einsatzleiterin des Ordnungsamtes an, die Brücke für Fußgänger zu sperren. Die Frauen trafen sich eher zufällig an der Rampe im Rechtsrheinischen. Ein vorheriger Anrufversuch der Bundespolizei bei der Stadt-Verantwortlichen landete nur auf deren Mailbox. Ein Funkgerät der Ordnungsamtes, das eigens auf der Polizeiwache an der Stoltzgasse hinterlegt war, blieb ungenutzt.

Weil bis kurz nach ein Uhr keine Züge fuhren, nahm das verhängnisvolle Gedränge im Bahnhof weiter zu. Um 1.28 Uhr schreibt ein Bundespolizist ins interne Einsatzsystem: „Auslastung der A-Passage ca. 90 %, überwiegend ausländische Bürger“. In der Enge gab es weitere sexuelle Übergriffe.

**DIE KONSEQUENZEN**

Personelle Konsequenzen gab es bislang nicht. Für den kommenden Silvestereinsatz dürfte die Diskussion um eine Komplettsperrung der Hohenzollernbrücke in den Mittelpunkt rücken. Zudem will die Stadt künftig als „fiktiver Veranstalter“ der Jahreswechselfeier in der Altstadt einspringen. Den gab es bisher nicht. Als Veranstalter wäre die Stadt zuständig, ein Sicherheitskonzept zu erstellen.

# Chaos und Widersprüche bei der Polizei

Übergriffe angeblich nicht bemerkt – Unterstützung nicht angefordert – Domtreppe zu spät geräumt – Funknetz brach zusammen

**DIE AUFGABE**

Eine möglichst friedliche Silvesternacht garantieren – vor dem Hintergrund einer hohen Terrorgefahr und einer seit Jahren wachsenden Zahl aggressiver Taschendiebe und Räuber aus Nordafrika.

**DIE VORBEREITUNG**

Peter Römers ist ein umsichtiger Polizist, jahrzehntelang erfahren in der Planung von Großinsätzen und brisanten Einsatzlagen. Vor Silvester habe er bereits ein „ungutes Gefühl“ gehabt, schreibt der Leiter der Innenstadt-Inspektion am 5. Januar in einer Mail an enge Mitarbeiter. Und tatsächlich: Beim Landesamt für Zentrale Polizeiliche Dienste (LZPD) in Duisburg, das dem NRW-Innenministerium untersteht und das die Bereitschaftspolizei landesweit zuteilt, hatte Römers am 1. Dezember eine komplette Hundertschaft für den Silvestereinsatz angefordert, drei Züge zu je 38 Beamten, dreimal mehr als im Jahr zuvor.

Zwar hatte auch Römers das Ausmaß der Ausschreitungen nicht vorhergesehen, wie er im Untersuchungsausschuss einräumte. „Das konnte niemand ahnen.“ Aber „auf Basis der Erkenntnisse aus den letzten Jahren, gepaart mit der Sorge um die herrschende Terror-Gefahrenlage“, so schrieb er in seiner Mail, wollte er ursprünglich unbedingt 114 Beamte haben. Das LZPD gewährte nur 76. Warum, das muss der verantwortliche LZPD-Planer demnächst vor dem Untersuchungsausschuss erklären.

So manchen Kölner Beamten trieb aber noch eine weitere Sorge um. Für die Brückensperrungen waren zur Unterstützung des Ordnungsamtes 13 Streifenpolizisten vorgesehen. Im Intranet warnte die Behörde ihre Mitarbeiter explizit vor der „Gefährdung durch Pyrotechnik“ an Silvester. In den Vorjahren hatten Chaoten immer wieder Böller in die Menge geworfen und Raketen auch gezielt auf Polizisten geschossen. Das Problem: Die Kleidung der Streifenbeamten ist nicht feuerfest. „Rettungsdienste tragen Helme bei dem Einsatz, und wir haben unsere doofe Uniform. Irgendwas passt da nicht“, beklagte sich ein Beamter am 17. Dezember in einer E-Mail an einen Vorgesetzten. Doch sein Hilferuf verhallte ungehört.

**DIE FEHLER DER NACHT**

Um 3.19 Uhr am Neujahrsmorgen wählt ein verzweifelter Gastronom am Alter Markt den Polizeinotruf. Im internen Einsatzprotokoll liest sich das so: „Flüchtlinge machen Feuer auf dem Platz. Sie spucken Richtung Passanten. Sie befummeln Frauen. Alle Türsteher an den Gaststätten haben nur Streit mit den Herrschaften.“ Doch erst fast zwei Stunden später fährt eine Streife zum Alter Markt. Eintrag im Protokoll um 4.59 Uhr: „Keine Einsatzmittel waren frei, mittlerweile wohl erledigt, alle weg.“

Das Protokoll der Nacht ist voll mit ähnlichen Beispielen. Sie zeigen, wie die Polizisten von Einsatz zu Einsatz hetzten. Das Personal war „auf Kante genäht“, beschreibt es der Einsatzleiter später – und das ist noch untertrieben. Denn von den meisten sexuellen Übergriffen erfährt die Polizei ja offenbar noch nicht einmal etwas.

Im Getümmel und in der Dunkelheit habe man nichts erkannt, berichtete der Einsatzleiter vor dem Untersuchungsausschuss. „Diese Lage existierte für uns nicht.“

Das ist merkwürdig, denn sein Kollege von der Bundespolizei, die für die Sicherheit im Hauptbahnhof zuständig ist, will ihm noch in der Nacht von Sexualstraftaten berichtet haben. Das Protokoll der Bundespolizei stützt diese Aussage. Eintrag von 1.44 Uhr: „Zur Zeit 6 junge Mädels auf der Wache, die Anzeige aufgeben wegen versuchter Vergewaltigung.“ Auch in der Wache auf der Stoltzgasse säßen 20 Frauen, „die begrabscht wurden“. In Absprache mit dem Einsatzleiter der Kölner Polizei werde man „gegen Nordafrikaner im Hbf und Messe Deutz jetzt massiv vorgehen“.

Drei Hundertschaften der Landespolizei stehen außerhalb von Köln in Bereitschaft, werden aber nicht angefordert. Zum einen, weil der Chef der Leitstelle vergessen hat, dass das Not-Kontingent verfügbar wäre. Zum anderen, weil er gar nicht ahnt, dass die Unterstützung dringend gebraucht würde – sein Einsatzleiter fordert sie nicht an, wirkte in drei Telefonaten zudem „ganz ruhig“, sagte der Leitstellen-Chef vor dem Ausschuss. Mehrfach hatten die beiden Polizisten in der Nacht vergeblich versucht, sich zu erreichen, offenbar war das Mobilfunknetz zeitweise überlastet – „Breakdown im Handy-Netz“ heißt es dazu in einem in-

ternen handgeschriebenen Bericht eines Polizisten aus der Nacht.

Auch davon, dass schon weit vor Mitternacht Passanten, zwei Rettungswagen-Teams und sogar eine Streifenwagenbesatzung die Leitstelle über die bedrohliche Lage vor dem Hauptbahnhof informieren, von Betrunkenen sprechen, die Böller in die Menge werfen, erfährt der Leitstellen-Chef ebenfalls nichts; seine Mitarbeiter berichten es ihm nicht.

Erst gegen 23.30 Uhr lässt der Einsatzleiter die Domtreppe räumen – viel zu spät, bemängelt das Landeskriminalamt (LKA) am 5. Januar in einer Lagebeurteilung, die dem „Kölner Stadt-Anzeiger“ vorliegt. Die Experten kritisieren: Wegen der „hohen Gefahrenlage“ hätte die Treppe schon um 21 Uhr geräumt werden müssen.

**DIE KONSEQUENZEN**

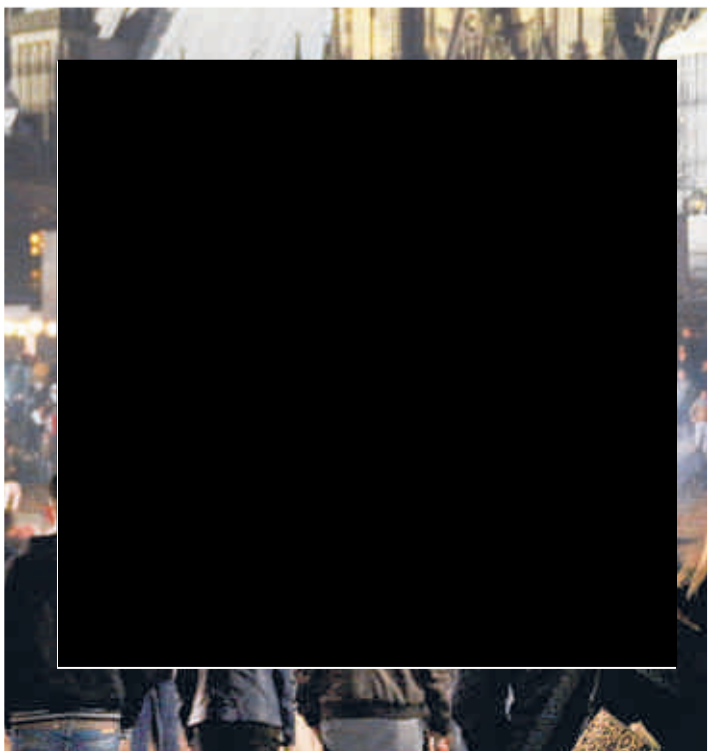
Polizeipräsident Wolfgang Albers musste gehen. Seine Pressechefin ließ sich auf eigenen Wunsch versetzen. Für die Hauptakteure der Nacht gab es bislang keine Konsequenzen. Künftig will die Polizei an Silvester deutlich mehr Personal einsetzen. Geplant ist ein großer Führungsstab, in dem auch Vertreter von Stadt und Bundespolizei sitzen sollen, um eine lückenlose Kommunikation sicherzustellen. Angedacht ist eine Vorrangschaltung für Polizei-Handys. Dunkle Ecken sollen ausgeleuchtet, Kriminalitätsschwerpunkte per Video beobachtet werden.

**Kuriose Fahndungserfolge**

Mehr als 100 Polizisten hefteten sich in der „Ermittlungsgruppe Neujahr“ an die Fersen der Täter. Viele Videos und Fotos aus der Nacht sind qualitativ miserabel, mehr Erfolg haben die Fahnder dagegen mit der Auswertung von Handydaten. Dazu analysierten sie insgesamt 1,6 Millionen Datenbewegungen, die allein im Bereich um den Hauptbahnhof zwischen 20 Uhr und 7 Uhr morgens anfielen. In den Akten sind auch kuriose Fahndungserfolge dokumentiert.

So konnte ein Opfer sein gestohlenes Handy mit einer Software orten und einer Tätergruppe zu-

ordnen. Auf Facebook freundete sich der Mann mit den mutmaßlichen Dieben an. Die Facebook-Fotos brachten die Polizei auf die Spur zweier Verdächtiger aus Dortmund. Sie wurden festgenommen. Ein anderes gestohlenes Handy verfolgten die Kölner Ermittler bis nach Algerien zurück. Zu Tumulten führte die Ortung eines Telefons in einem Flüchtlingsheim in Bielefeld. Als Polizisten dort ankamen, um Personalien von Verdächtigen zu überprüfen, brach eine Schlägerei unter den Heimbewohnern aus – ein Mann schleuderte einem Polizisten einen Mülleimer gegen den Kopf. (kla, ts)



Schon am frühen Abend werden Raketen und Böller gezündet. Foto: dpa